



Die Vereinigten Staaten haben den Verkauf von Waffen und Ausrüstung im Wert von rund drei Milliarden Dollar an Israel genehmigt. Dieses Paket umfasst unter anderem Bomben, Sprengköpfe, Lenkausrüstung und gepanzerte Bulldozer. US-Außenminister Marco Rubio erklärte, dass ein „Notfall“ vorliege, der eine sofortige Lieferung dieser Verteidigungsgüter erforderlich mache, wodurch die üblichen Prüfungsverfahren des Kongresses umgangen wurden.

Details des Waffengeschäfts

Das genehmigte Waffengeschäft beinhaltet:

- **Bomben und Sprengköpfe:** Mehr als 35.500 MK 84 und BLU-117 Bomben sowie 4.000 Predator-Sprengköpfe im Wert von 2,04 Milliarden Dollar.
- **Zusätzliche Munition:** Munition im Wert von 675,7 Millionen Dollar, mit Lieferungen, die ab 2028 beginnen sollen.
- **Gepanzerte Bulldozer:** D9R und D9T Caterpillar-Bulldozer im Wert von 295 Millionen Dollar.

Die Lieferungen dieser Ausrüstung sollen ab dem nächsten Jahr beginnen und sich bis 2028 erstrecken.

Hintergrund und vorherige Waffengeschäfte

Bereits Anfang Februar hatte die Trump-Regierung den Verkauf von Bomben, Raketen und Ausrüstung im Wert von mehr als 7,4 Milliarden Dollar an Israel genehmigt. Dieser Verkauf umfasste Bomben, Lenkausrüstung, Zünder und Hellfire-Raketen. Ziel dieser Verkäufe ist es, Israels Fähigkeit zu stärken, aktuellen und zukünftigen Bedrohungen zu begegnen, seine nationale Verteidigung zu verbessern und als Abschreckung gegen regionale Bedrohungen zu dienen.

Reaktionen und geopolitische Implikationen

Die Entscheidung der USA, diese Waffengeschäfte zu genehmigen, erfolgt vor dem Hintergrund eines fragilen Waffenstillstands zwischen Israel und der Hamas im Gazastreifen. Während die US-Regierung betont, dass diese Verkäufe Israels Verteidigungsfähigkeit stärken sollen, haben einige Mitglieder des US-Kongresses Bedenken geäußert, insbesondere hinsichtlich der Umgehung der üblichen Prüfungsverfahren. Der ranghöchste Demokrat im Auswärtigen Ausschuss des Repräsentantenhauses kritisierte die mangelnde Achtung



gegenüber dem Kongress als gleichberechtigtem Regierungszweig und betonte die Notwendigkeit einer respektvollen Zusammenarbeit.

Diese Entwicklungen werfen Fragen über die zukünftige Stabilität in der Region auf und darüber, wie solche umfangreichen Waffenlieferungen die Dynamik des israelisch-palästinensischen Konflikts beeinflussen könnten.

Von Andreas Brucker